II. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

BUREAU CENTRAL DE LA PRESSE JUIVE



Erscheint 1—2 mal wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Nummer 66 | 14. November 1919 | כ״א חשון תר״ף | Preis 30 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe - Belegexemplare erbeten

Zion. Konferenzen mit der engl. Regierung.

Nahum Sokolow hat mit den beiden Mitgliedern der engl. Regierung, Lord *Curzon* und Lord *Milner*, Konferenzen über zionistische und aktuelle Palästinafragen geführt, deren Ergebnis, wie das Londoner jüd. Korr. Büro meldet, befriedigend war.

Der Aufschub der palästinensischen Delegiertenversammlung.

Der palästinensische Korrespondent der „Jüdischen Presszentrale Zürich" berichtet:

Bekanntlich hat die am 22. und 23. in Jaffa tagende 8. Versammlung des „Waad Hazmani" den Aufschub der Delegiertenversammlung beschlossen. Trotz der unerwarteten Einberufung dieser Versammlung — die Mitglieder wurden alle telegraphisch eingeladen — erschienen die Mitglieder fast vollzählig. Nach einer beinahe 2-stündigen Rede von *Weizmann*, die bei geschlossenen Türen und unter Ausschluss der Presse stattfand, über die also nichts berichtet werden darf, begann man mit der Erörterung der auf der Tagesordnung stehenden Frage der Delegiertenkonferenz. Das Mitglied des prov. Exekutivkomitees, *Gissin*, formulierte diese Frage folgendermassen: Das Frauenwahlrecht hat bei den Orthodoxen, zu denen auch die Misrachi- und Bauernpartei gehören, eine starke Opposition hervorgerufen. Deshalb wendet sich die Versammlung an die beiden Führer der zion. Bewegung, *Weizmann* und *Ussischkin*, mit der Frage, wie sie sich jetzt zu verhalten habe. Ussischkin, von jeher durch seine in solch kritischen Momenten bewährte Entschlossenheit und Festigkeit bekannt, wodurch er sich bei den Zionisten den Namen „Patisch hechasak" (Eisenhammer) erworben hat, führte daraufhin folgendes aus: Betreffs dieser Frage sei es nach Beratungen mit Weizmann und anderen Mitgliedern der zion. Kommission bereits zu einer bestimmten Entschliessung gekommen. Er wolle jedoch vor Mitteilung derselben noch eine Erklärung machen, die nicht für die Anwesenden bestimmt sei, sondern in die weite Öffentlichkeit ihren Weg finden möge. Das Frauenwahlrecht sei für die Zionisten überhaupt keine Frage mehr. Schon auf dem Basler Kongress wurde beschlossen, den Frauen das Wahlrecht einzuräumen. Die Zionisten gedächten an den Kongressbeschlüssen festzuhalten und seien nicht geneigt, auch nur um Haaresbreite von ihnen abzuweichen. Sie seien daher entschlossen, entweder die Wahlen mit Teilnahme der Frauen vorzunehmen oder überhaupt auf die Wahlen zu verzichten. Den palästinensischen Rabbis, die im Namen der Thora die Beteiligung der Frauen an den Wahlen verbieten, könne man antworten, dass auch auf den Kongressen grosse Rabbis zugegen waren, die gegen das Frauenwahlrecht keinen Einwand erhoben, und dass wir nicht in der Lage sind, zu beurteilen, welche von ihnen massgebender seien. Der Grund jedoch, aus welchem er und Weizmann für die Verschiebung der Delegiertenkonferenz seien, sei der: wir wollen in Palästina kein Papierhaus, sondern ein festes starkes Haus bauen. Eine konstituierende Versammlung müsse sowohl gesetzgebende als auch moralische Macht besitzen. Einer solchen Versammlung jedoch wie die bevorstehende fehlen diese Eigenschaften und es sei daher besser, wenn diese ganz und gar unterbliebe. Zum Schluss forderte der Redner auf, vorerst abzuwarten. Er könne die Zeit der Einberufung nicht genau bestimmen; es können bis dahin vielleicht 3 Monate, vielleicht auch mehr verstreichen, jedenfalls sei es eine Frage von Monaten und nicht von Jahren. Er hoffe, dass der Moment nahe sei, der die Einberufung der Konstituante ermögliche.

Diese Rede Ussischkins rief stürmische Diskussionen hervor. Hauptsächlich wurde getadelt, dass ein derart schwerwiegender Beschluss gefasst worden wäre, ohne dass der „Waad Hazmani", der doch die Lage an Ort und Stelle besser kenne, befragt worden wäre. Ussischkin erwiderte, dass er auch jetzt nach Anhörung aller Einwände seine Meinung nicht geändert habe.

Weizmann ersuchte, man möge ihm die kurze bis zur Erreichung des Zieles zurückzulegende Strecke nicht noch erschweren. Er begegne ohnehin genug Widersachern und Hindernissen, die ihm von Elementen in den Weg gelegt werden, mit denen man auch hier zu kämpfen habe.

Ohne dass irgendeine Abstimmung nötig gewesen wäre, wurde beschlossen, die Delegiertenkonferenz zu verschieben. Alle Anwesenden, sogar die Linke, wie die Vertreter der „Achduth Haawodah" hatten das Gefühl, diesem von oben kommenden Befehl sich fügen zu müssen. Es wurde ferner beschlossen, den „Waad Hazmani" bis zur Einberufung der konstituierenden Versammlung weiter bestehen zu lassen.

Zu dem Beschlusse des Aufschubes der Delegiertenversammlung bemerkt der „Hapoel Hazair" vom 25. Okt. namens der zion.-volkssozialistischen Partei in einem Leitartikel: Man habe sich nachdem man die Forderungen von Weizmann und Ussischkin vernommen hat, dem Befehl gefügt, in dem Bewusstsein, dass man ohne innere Unterwerfung und Disziplin nicht

imstande sein werde, die gemeinsame Arbeit zu leisten. „Wir fügten uns, ohne ihre Meinung zu teilen, denn wir glauben nicht, dass die Rabbis von Jerusalem im Laufe von 3 Monaten ihre Ansichten ändern werden und dann werden wir auf die gleichen Schwierigkeiten stossen."

Konferenz des „Hapoel Hazair" und der „Zeire Zion".

Zwecks Einberufung einer gemeinsamen Konferenz der „Zeire Zion" und „Hapoel Hazair" erlassen Josef *Sprinzak* namens des Zentralbüros „Hapoel Hazair" in Jerusalem, A. *Kaplan*, namens des Zentralbüros der „Zeire Zion" und Dr. Hugo *Bergmann*, namens des Zentralbüros des „Hapoel Hazair" für Westeuropa einen Aufruf in dem es u. a. heißt:

Genossen! Wir denken, daß der gegenwärtige Moment in unserer nationalen Arbeit uns verpflichtet, die Kräfte zu sammeln und zu stärken, und eine allgemeine Konferenz des „Hapoel Hazair" und der „Zeire Zion" zwecks Vereinigung aller Teile unserer Bewegung zu gemeinsamer Arbeit einzuberufen. Diese Konferenz wird in einer ernsten Uebergangszeit des Zionismus zusammentreten. Verschiedener Ursachen halber scheint der Zionismus gegenwärtig aufgehört zu haben eine Bewegung zu sein und ist in einen Zustand der Erwartung übergegangen. Diese Erwartung hat die zion. Bewegung von ihrer schaffenden organisatorischen Arbeit abgelenkt und ist geeignet eine Schwächung und Zersplitterung der nationalen Energie herbeizuführen. Sollte dieser Zustand weiter anhalten, könnte er den Zionismus in eine schwere Krisis bringen. Wenn wir auch noch nicht das letzte Wort unserer politischen Forderungen kennen, so ist doch eines klar: Palästina muß unser — des jüdischen Volkes — werden und wir können das Land nur durch unsere Arbeit und unser Schaffen erwerben. Während der letzten Jahre ist unsere Bewegung, die Bewegung der Arbeiter und des Jung-Zionismus gewachsen und gestärkt worden. Im Namen des arbeitenden Palästinas, das nur durch Arbeit und freie jüd. Kultur erlöst werden kann, im Namen der Bedürfnisse und der Ideale der Massen des Arbeitervolkes ist diese Arbeit unerläßlich. Im Namen all dessen hat unsere Bewegung die Forderung aufgestellt zu diesem Zwecke im jüd. Volke Pioniere zu erziehen. Bisher war diese Arbeit in den verschiedenen Ländern zersplittert und auch die Meinungen waren verschieden. Jetzt kommt der Moment, diese Arbeit zuzammenzufassen und alle Gegensätze auf unserem Wege zu beseitigen, um die Hauptgrundsätze für die vereinigte Arbeit der Bewegung festzusetzen.

Die einzuberufende Konferenz wird die Aufgabe haben die Meinungsverschiedenheiten, die bei den verschiedenen Arbeiterparteien herrschen zu klären und zu beseitigen. Die Tagesordnung sollte folgende Punkte enthalten: 1. Die Grundzüge eines vereinigten Programms. 2. Plan unserer Arbeit in Palästina. 3. Plan der Palästinaarbeit im Galuth; Chaluzimbewegung. 4. Die nationalökonomischen und politischen Fragen im Galuth. 5. Die kulturellen Arbeiten und die Verbreitung der hebr. Sprache. 6. Grundsätze für eine gemeinsame allgemeine Organisation in allen Ländern. 7. Die Frage der Vereinigung der verschiedenen demokratischen Kräfte der arbeitenden Zionisten zu gemeinsamer Arbeit. Diese Tagesordnung ist nur mit allgemeinen Strichen wiedergegeben. Es ist aber von vornherein klar, daß jeder einzelne dieser Punkte Gelegenheit gibt zur Erörterung und Schlußfolgerungen über alle Fragen, die die Genossen aller Länder interessieren. Die Festsetzung der Punkte der Tagesordnung, wie auch alle Aenderungen und noch vorzuschlagenden Zusätze werden durch Verhandlungen der Konferenzkommission mit den verschiedenen Zentren des „Hapoel Hazair" und der „Zeire Zion" festgesetzt werden. Die Konferenz soll im Monat Tebeth zusammentreten. Wir werden uns bemühen bei erster Möglichkeit den Ort der Konferenz bekanntzugeben.

Die Lage der Juden im karpathenrussischen Gebiete.

Die Vertretung der Juden in *Uzhorod* (Ungvar), als Expositur des Volksverbandes der Juden in Ruska Krajna hat ein Memorandum über die Lage der Juden in diesem Gebiete an den Gouverneur sowie Ministerpräsident *Tusar* gerichtet. Die Angaben dieser Denkschrift werden ergänzt durch ein Protokoll, das der Jüdische Nationalrat für Deutschösterreich dieser Tage mit Herrn Moses *Hillmann* aus Uzhorod, dem Korrespondenten der „Jüdischen Preßzentrale Zürich" aufgenommen hat. In dem von verschiedensten Zeitungen veröffentlichten Protokoll heißt es u. a.:

„Seit dem Frühjahr bemüht sich der jüd.-nationale Jugendverein in Uzhorod, die Judenschaft dieser Stadt zwecks Wahrung ihrer Interessen zu organisieren. Der Verein hat im Mai und im Juni dieses Jahres Eingaben an den Stadthauptmann gerichtet, in denen er um die Erlaubnis ansuchte, Sitzungen abhalten und überhaupt eine geregelte Tätigkeit ausüben zu dürfen. Das Gesuch wurde ohne jede Begründung abgewiesen. Hierauf begab sich eine Deputation der Uzhoroder Juden zum Zupan und trug ihm die gleiche Bitte mündlich vor. Der Zupan, ein katholischer Geistlicher, vertröstete die Deputation auf spätere bessere Zeiten. Gelegentlich einer früheren Unterredung sagte er mir (Herr Hillmann), er könne keine jüd. Organisation zulassen, weil er befürchte, die Juden würden im bolschewistischen Sinne tätig sein. Er verlangte bestimmte Garantien, daß dies nicht der Fall sein werde. Ich erklärte ihm, die angesehendsten Juden von Uzhorod seien bereit, persönlich und mit ihrem Vermögen dafür zu haften, daß wir keine Bolschewiken sind und keine bolschewistische Propaganda betreiben wollen. Nachdem alle weiteren Gesuche an die Behörden unbeantwortet blieben (inzwischen durften alle anderen, nichtjüd. Vereine unserer Stadt ihre Tätigkeit ungehindert aufnehmen), begab sich am 11. Okt. d. J. eine neue Abordnung zum Oberkommandierenden des karpathenrussischen Gebietes, dem französischen General *Henocque*. Die Abordnung wollte sich auch über die maßlose antisemitische Hetze der christlich-sozialen Partei in Uzhorod beschweren. Schon bei einer früheren Gelegenheit hatten wir dem General in dieser Angelegenheit ein Memorandum in franz. Sprache überreicht, das aber unbeantwortet blieb. Die Abordnung, der auch ich angehörte, wurde vom General Henocque ziemlich unfreundlich empfangen. Der General sagte uns, er kenne nur Tschechoslovaken, aber kein jüd. Volk. Wir erklärten ihm, daß wir im Sinne des Versailler Friedensvertrages, der das jüd. Volk ausdrücklich anerkannt hat, mit unseren Volksgenossen in den anderen Ländern solidarisch vorgehen wollen. Insbesondere bitten wir um die Erlaubnis, uns organisieren

zu dürfen, um die gemeingefährliche antisemitische Hetze abwehren zu können.

Der General antwortete unwirsch, der Friedensvertrag von Versailles enthalte verschiedene Torheiten, darunter auch die Anerkennung des jüdischen Volkes. Ich wies nochmals auf die Gefährlichkeit des antisemitischen Kesseltreibens hin, worauf der General fragte, weshalb denn alle Juden in Ungarn Bolschewiken seien... Ich stellte dies entschieden in Abrede. Die Abordnung bat nun den General um die Bewilligung zur Veranstaltung rein literarischer Abende mit Ausschluß jeder politischen Tendenz. Der General lehnte aber auch dies ab, indem er kategorisch erklärte, es gebe überhaupt keine spezielle jüdische Literatur. Schließlich drohte er uns, er werde alle diejenigen Leute verhaften lassen, die es wagen sollten, gegen seinen Willen irgendwelche Zusammenkünfte zu veranstalten. Der General schickte auch den Uzhoroder jüd. Kaufleuten durch uns eine Botschaft, indem er sie auffordern ließ, ihre Geschäfte auch an Samstagen offen zu halten, sonst werde er sie gewaltsam aufbrechen lassen. Es gehe nicht an, die Geschäftsläden 10 Tage im Monat (!) geschlossen zu halten. Wir erlaubten uns in aller Ehrerbietung die Bemerkung, daß dies ja einen Eingriff in die Gewissensfreiheit bedeuten würde. Der General antwortete hierauf, daß auch er und andere Leute das Recht haben, zu leben und Einkäufe zu besorgen.

Infolge dieser Haltung der Zivil- und Militärbehörden ist jedes öffentliche jüd. Leben in unserer Stadt unterbunden. Die Juden, die 35% der Bevölkerung ausmachen, haben auch keinen einzigen Vertreter in den öffentlichen Körperschaften. Obwohl die antisemitische Hetze immer größeren Umfang annimmt, können die Juden keinerlei Abwehrmaßnahmen dagegen ergreifen. Unter den Juden von Uzhorod herrscht eine verzweifelte Stimmung."

Chronik.

Russland.

„Jewish Times" erfährt aus kompetenter Quelle, daß die Verfolgungen der zion. Partei seitens der Bolschewisten noch immer andauern. Die Maßnahmen gegen den Zionismus in Rußland haben verschiedene Formen angenommen, und obwohl die Mitglieder des zion. Zentralkomitees aus der Haft entlassen worden sind, wird es von den bolschewistischen Kommissären noch immer als Verbrechen angesehen, wenn jemand sich zum Zionismus bekennt. Bei diesen Verfolgungen zeichnen sich besonders die jüd. Kommissäre aus. Die Bolschewisten beschuldigen die Zionisten, im Einverständnis mit den anti-bolschewistischen Organisationen zu handeln, die ein parlamentarisches Regime einführen wollen.

— Die jüd. Zeitungen veröffentlichen ein vom zion. Aktionskomitee in London unterm 17. Sept. an die zion. Organisationen in Weißrußland gerichtetes Rundschreiben, das von Dr. *Pasmanik* unterschrieben ist.

— Die engl. Regierung hat den bekannten Nationaljuden *D. Rogalsky* zum engl. Konsul in Feodosia (Krim) ernannt.

Baltikum.

— „Jewish Times" erfährt aus sicherer Quelle, dass im Baltikum ein systematischer Terror gegen die Juden eingesetzt hat. In den baltischen Provinzen haben sich Pogrombanden organisiert, die dem Beispiel der ukr. Räuberbanden zu folgen gedenken.

Ukraine.

Die englische Regierung und die Pogrome in Südrußland.

Die engl. Regierung richtete ein Telegramm an die engl. militärische Mission in Rostow, in welchem sie auf die Notwendigkeit hinweist, General Denikin und seine Regierung auf die Erregung aufmerksam zu machen, welche die Pogrome in der öffentlichen Meinung Europas hervorrufen und energische Maßregeln zu ihrer Unterdrückung zu fordern. (L. J. K. B.)

— Trotz der militärischen Zensur berichten, wie der Pariser „Temps" meldet, die Kiewer Blätter grauenhafte Einzelheiten über den von der Freiwilligen Armee in *Fastow* verübten Pogrom. Etwa 2000 Juden wurden getötet und Tausende von Schwerverwundeten blieben ohne Hilfe auf der Straße liegen. Grauenhafte Szenen spielten sich im Synagogenhofe ab, wo ein Teil der Juden Zuflucht gesucht hatte. 60 Juden, die sich in einer Kirche verborgen hatten, blieben ebenfalls nicht verschont. Mit Hilfe des internationalen Roten Kreuzes organisierte das jüd. Hilfskomitee in Kiew einen Hilfs- und Verproviantierungsdienst.

— „Kiewskoje Echo" berichtet, dass in Kiew eine Konferenz von Vertretern verschiedener Vereine stattgefunden hat, um über die durch die Pogrome hervorgerufene Lage zu beraten. Advokat *Ratner* wies in einer längeren Rede auf die Notwendigkeit hin, Mittel gegen die in der Armee verbreitete antisemitische Propaganda zu ergreifen. Er erhebt gegen den bekannten sozial-revolutionären Führer, *Boris Sawinkow* (ehemaliger Minister im Kabinett Kerensky) die Anklage, an dem jüd. Blutbade schuldig zu sein. Solange Sawinkow Chef des Propaganda-Departements der Regierung Denikin bleibe, werden die Pogrome nicht aufhören. Ein weiterer Redner betonte, dass die Zahl der durch die neuen Pogrome Getöteten und Verwundeten bereits in die Zehntausende gehe. Das Leben und die Ehre der ganzen jüd. Bevölkerung seien in Gefahr. Die Konferenz beschloss eine spezielle Delegation in dieser Angelegenheit zu Denikin zu entsenden.

— Der in Warschau weilende Delegierte der ukr. Regierung, *Bograd*, Mitglied des jüd. Ministeriums, hat bei einem Besuch des Prov. Jüd. Nationalrates dem Abg. Grünbaum eine Reihe von Dokumenten und Aufrufen übergeben, die beweisen sollen, daß die ukr. Regierung alles tue, was in ihrer Macht steht, um den Pogromen Einhalt zu gebieten und die Schuldigen zu bestrafen. Eine spezielle Untersuchungskommission sei eingesetzt, die alle von Pogromen heimgesuchten Orte besucht. Diese Kommission, der auch zahlreiche jüd. Vertreter angehören, besitzt weitgehende Vollmachten und sogar das Recht, die an den Pogromen Schuldigen zum Tode zu verurteilen. Es sollen bereits 75 Atamane erschossen worden sein. Die Regierung habe ferner für die Opfer der Pogrome 25 Millionen Karbowanze und 5 Millionen Karbowanze für die jüd. Gemeinden assigniert.

— Der Lemberger ukr. „Wpered" berichtet, daß der gewesene Minister für jüd. Angelegenheiten, *Krasny*, von den Denikinschen Behörden verhaftet worden sei.

Polen.

Heimschaffung der nach Russland verschleppten Juden.

Ein Vertreter des Hilfskomitees der Juden Litauens und Weissrusslands ist nach Warschau gekommen, um die Rückschaffung der während des ersten Kriegsjahres aus Polen verschleppten Juden durchzuführen. Die Zahl der damals aus Polen und Litauen nach Grossrussland ausgewiesenen Juden soll etwa 200000 ausmachen.

Das Gesetz über die Sonntagsruhe.

Da das Gesetz über die Sonntagsruhe in der Fassung wie es in der Handelskommission beschlossen wurde, den jüd. Handelsstand mit Ruin bedroht, versuchen die jüd. Reichstagabgeordneten mit allen Mitteln, doch noch irgendwelche Erleichterungen für die Juden zu erwirken. Da auch in anderen, nichtjüdischen Kreisen des Reichstages Unzufriedenheiten mit gewissen Punkten dieses Gesetzes herrscht, ist Hoffnung vorhanden, daß die Beratung des Gesetzes im Plenum verschoben werden wird.

— In einer Antwort an den jüd. Landtagsklub erklärt das Ministerium des Innern, daß es nach einer Verständigung mit dem Handelsministerium die Forderungen der jüd. Handwerker-Konferenz als gerecht ansieht und bestätigt, daß jetzt kein Grund vorhanden sei, jüd. Handwerkern, die keine Zunftbescheinigung besitzen, Schwierigkeiten zu bereiten.

Die Zahl der organisierten jüd. Arbeiter in Polen.

Laut den letzten Berechnungen beträgt die Zahl der in professionellen Vereinen organisierten jüd. Arbeiter Polens mehr als 90.000; davon gehören über 50.000 dem „Bund“ an. 34.000 stehen unter dem Einflusse der Poale Zionisten und zu den „Ferainigten“ gehören gegen 6000.

— Die Delegierten der Gesellschaft „Magl“, die in Palästina für 600 Familien Boden ankaufen wollen, haben Auslandspässe erhalten und werden demnächst mit dem aus Triest am 30. Nov. abgehenden Dampfer nach Palästina reisen. („Golos Bielostoka“ v. 1. Nov. 19.)

— Am 5. Nov. ist aus Warschau die erste Gruppe der Chaluzim, bestehend aus 10 Personen, nach Palästina abgereist. Eine zweite Gruppe soll in Bälde folgen.

— *Stuart Samuel,* der vorige Woche in Lemberg weilte, erklärte daß seine Arbeit sich dem Abschluß nähere. Er hoffe noch im Laufe des Nov. nach England zurückzukehren, um der engl. Regierung und der parlamentarischen Kommission Bericht über seine Untersuchungen zu erstatten.

— Bei dem unlängst in Krakau vorgekommenen Prozess wegen des Pogroms, der sich in Brzesko am 12. Nov. v. J. abspielte, wurden 2 der Angeklagten zu 6 Jahren Kerker verurteilt; die übrigen wurden befreit.

Konferenz der Zionisten in Ostgalizien.

Das zion. Exekutiv-Komitee für Ostgalizien beruft für den 28. bis 30. Dez. einen Parteitag nach Lemberg ein.

— Die nichtjüd. Lemberger „Gazeta Wieczorna“ nimmt in einem Leitartikel scharf Stellung gegen die kursierenden Gerüchte, wonach die poln. Militärbehörden gewisse poln. und alle jüd. und ukr. Zeitungen Lembergs einstellen würden, weil diese sich angeblich gegen das poln. Militär feindlich verhalten.

— Der „Haderech“, das Zentralorgan der Agudas Jisroel, veröffentlicht in seiner letzten Nummer einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit der „Szlome Emune Jisroel“ in Polen, dem wir u. a. folgendes entnehmen: Der Organisation der „Szlome Emune Jisroel“ gehören gegenwärtig in ganz Polen mehr als 600 Verbände an, die ca. 120,000 Mitglieder zählen. Fast alle Wunderrabbis und Rabbiner Polens, etwa 400 an der Zahl, sind Aktivmitglieder der genannten Organisation und entfalten eine rege Tätigkeit zugunsten der Agudah, die in mehreren Städten unter dem Namen „Jesodeh Hathora“ Chedorim errichtet hat, in denen mehr als 50.000 Knaben Ihre Erziehung und Ausbildung im Geiste der Thora finden. Auch für die Erziehung und Ausbildung jüd. Mädchen ist gesorgt worden. Durch die Agudah haben die Jeschiboth nicht nur in Polen, sondern auch in denjenigen Teilen Litauens, die vom polnischen Heere okkupiert worden sind, eine kräftige Unterstützung erfahren. Zur Erleichterung der organisatorischen Arbeiten der Agudah werden die Arbeiten der Landesorganisation auf Bezirke verteilt. In jedem Bezirk wird ein Büro eröffnet, das als Vermittlungsstelle zwischen dem Landes-Zentralverband und den Lokalverbänden dienen soll. Derartige Büros werden in Krakau für Westgalizien, in Lemberg für Ostgalizien, in Bialystok für Litauen und in Posen für Ostpreußen errichtet. Auch Kongreßpolen wird in 6 Bezirke eingeteilt werden. Die am 20. Siwan, der auf Initiative der Agudah als allgemeiner Trauertag eingesetzt wurde, durch die Lokalverbände gesammelten 200,000 Mark, wurden für die Errichtung eines Waisenhauses in Galizien bestimmt.

Tschecho-slovakischer Staat.

— Das städtische Wohnungsamt in Preßburg hat an eine Anzahl jüd. Kaufleute und Hausbesitzer die seit Jahrzenten dort ansässig sind die Aufforderung gerichtet, ihre Wohnungen zu räumen und binnen zwei Wochen die Stadt zu verlassen. Auch aus Bartfeld wurden 55 eingeborene jüd. Familien ausgewiesen, doch wurde die Maßregel auf Intervention des Volksverbandes der Juden zurückgezogen. (Wr. Morgen Ztg.)

— Dem bekannten Schriftsteller und Zionisten *Max Brod* wurde für sein jetzt vorliegendes prosaisches Gesamtwerk der diesjährige Fontane-Preis verliehen.

Rumänien.

Rumänische Drangsalierungen.

Der Pariser M. Gewährsmann der „Jüdischen Preßzentrale Zürich“ berichtet:

Ebenso wie in der Bukowina veranstalten die Rumänen auch in Transsylvanien systematisch Judenaustreibungen und hoffen durch diese Methode, wie Eingeweihte berichten, zumindest 100.000 Juden über die Grenze zu schaffen. Die Wohnungen resp. die Geschäftslokale der Juden werden kurzerhand requiriert; nur eine ganz kurze Frist von 2 bis 5 Tagen wird zur Räumung gewährt. Ein Rechtsmittel gegen den Ausweisungsbeschluß gibt es natürlich nicht. Nach Ablauf der Frist werden die Mobilien und Waren der Juden unter militärischer Bedeckung auf Lastautos ge-

laden und an die Stadtgrenze oder zum Güterbahnhof geführt, wo sie einfach abgeladen werden. Um die Wiedereinquartierung der „Fremden“ bekümmert sich die Behörde dieses „Wohlfahrtsstaates“ nicht. Die Vertriebenen sind somit gezwungen in den frostigen Herbstnächten mit Kind und Kegel im Freien zu übernachten. In den Wohnungen werden dann die „Sieger“, rumänische Beamte oder Kaufleute, einquartiert. Gleichzeitig zwingt man alle übrigen Bewohner unter Strafandrohung, ausschließlich rumänische Aufschriften anzubringen. Durch alle diese Machenschaften hofft die rumänische Regierung, daß die neuerworbenen Städte auf den Fremden bald den Eindruck rumänischer Kulturzentren machen werden.

Ausweisung der Juden aus Siebenbürgen.

Budapest. (Tel.-Komp.) Die Bukarester Regierung hat an die Hermannstädter Regierung einen streng vertraulichen Erlaß gerichtet, in dem es heißt: Alle Juden, die nach dem Jahre 1900 auf siebenbürgisches Territorium gekommen sind und dort keinen Grundbesitz haben, sind auszuweisen. Diejenigen Juden, welche der im Hinblick auf die Bestimmung erlassenen zweimaligen Forderung zum Verlassen des Landes nicht Folge leisten, sind samt ihrer Familie aus dem Lande zu entfernen, ihr Vermögen ist zu konsiszieren. Am Schlusse des Erlasses wird bestimmt, daß von den aus den verschiedenen Behörden des ungarischen Staates übernommenen jüd. Beamten ein Treueid nicht zu fordern ist. Sollte ein solcher bereits abgelegt sein, so wird er für ungültig erklärt. Diejenigen jüd. Beamten, deren Dienstzeit weniger als 15 Jähre beträgt, sind mit einem dreimonatlichen Gehalt abzufertigen und zu entlassen. Die Tätigkeit der verbleibenden jüd. Beamten ist durch ein ganzes Jahr mit der größten Aufmerksamkeit zu überwachen.

Wahlkampagne und Friedensvertrag.

In der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 12. Nov. lesen wir: Die Plattform, auf der der Wahlkampf ausgefochten wird, ist die Minoritätenklausel des noch nicht unterzeichneten Friedensvertrages. In völliger Verkennung ihrer internationalen Bedeutung wird jene Bestimmung des Vertrages nämlich mit der *jüdischen* Frage verquickt und zu einem *illoyalen* Kampfmittel herabgewürdigt. So erlebt man das Schauspiel, daß auf dem Lande, wo die jüdische Bevölkerung gar nicht oder spärlich vertreten ist, antisemitische Hetzreden auf die Minoritätenklausel aufgebaut werden, während die gleiche Partei ihre Redner in den Städten um die jüdischen Stimmen werben läßt. Trotz dieser engherziger Auslegung des Friedensvertrages ist man sich in allen politischen Kreisen bewußt, *daß er, wenn auch mit dem üblichen Protest und Vorbehalt, unterzeichnet werden muß.* In Verbindung mit dem neuerdings erfolgten Schritt der Entente, der Rumänien zur Präzisierung seines Standpunktes veranlassen soll, werden Gerüchte über eine bevorstehende Kabinettskrise laut und eine neue Verschiebung der Wahlen.

— Prof. *Teleru,* von dessen Kandidatur wir in No. 65 berichteten, ist nach neueren Mitteilungen von seiner Kandidatur zurückgetreten.

— Die siebenbürgische Regierung hat beschlossen, in Temesvár ein jüd. Gymnasium zu eröffnen.
(Czernowitzer Vorwärts)

Ungarn.

—„Manchester Guardain“ vom 10 Nov. schreibt u.a.: „Horthy, der Befehlshaber der ung. Nationalarmee in Transdanubien, wird, sobald die Rumänen Budapest verlassen, auf die ung. Hauptstadt marschieren und wird sie der Reaktion unterwerfen. In Transdanubien hat Horthy alle bürgerlichen und sozialistischen Zeitungen verboten, die nicht von Friedrich herausgegeben werden. Er droht auch alle jüd. Zeitnugen einzustellen, sobald er nach Budapest kommt. Wir können uns vorstellen, wie authentisch die Wahlen sein werden, die Friedrich durchzuführen beabsichtigt.“

Deutsch-Oesterreich.

— Der Wiener R. Korrespondent der „Jüdischen Preßzentrale Zürich“ berichtet: Am 2. Nov. fand auch in Wien eine vom Jüd. Nationalrat einberufene Massenversammlung zur Feier des Jahrestages der Balfourschen Deklaration statt. Oberrabb. Dr. *Chajes* wies u. a. auf die Wichtigkeit und große Bedeutung der Bestimmungen über den Schutz der Minoritäten für die Juden in Oesterreich hin. Es gäbe kein Land, wo sich die Juden als Staatsbürger absolut sicher fühlen würden. Wie sieht es jetzt im einstigen Juden-Eldorado Ungarn aus. Welche Rechte hätten jetzt die ungarischen Juden, wenn der Friedensvertrag keine Minoritätsrechte für die Juden enthalten würde. Es sei eine Schande für uns, wenn wir nur um die „Gleichberechtigung“ betteln wollten. Es sei Pflicht des Staates, uns zu ermöglichen, nicht nur als „gleichberechtigte“ Staatsbürger, sondern als Juden im Staate zu leben, und wir sind von der Ueberzeugung durchdrungen, daß wir dem Staate und der Menschheit besser dienen, wenn wir als bewusste Juden leben und wirken, denn als farblose Staatsbürger.

Abg. *Stricker* schilderte den Kampf um das Selbstbestimmungsrecht und betonte, daß unser Kampf nach außenhin fast beendet sei. Von größter Wichtigkeit ist es, daß auch die internationale Sozialdemokratie den Juden das Recht auf die eigene Nation zuerkannt habe. Notwendig sei noch der Kampf im Innern.

— Eine Gesellschaft zur Erforschung und Förderung jüdischer Musik wurde in Wien ins Leben gerufen. Die Gesellschaft verfolgt ein rein wissenschaftliches Ziel, das der musikhistorischen Erforschung der vorliegenden Dokumente jüdischer Musikpflege seit den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart, und ein kulturelles, die Förderung lebender Künstler, die schaffend oder ausübend mit der Pflege jüdischer Musik beschäftigt sind, sowie von Korporationen mit gleichen Zielen.

— Hofrat Dr. *S. Frankfurter* wurde zum Direktor der Wiener Universitätsbibliothek ernannt.

Deutschland.

Organisation der ostjüdischen Auswanderung.

In Berlin hat sich eine „Jüdische Emigrationsorganisation“ gebildet, um der regellosen Auswanderung jüd. Familien aus dem Osten entgegenzuwirken bezw. in geordnete Bahnen zu lenken. Durch Aufklärung und vor allem durch Schaffung geeigneter Existenzbedingungen soll die Auswanderung nach Möglichkeit einzuschränken versucht werden. Sofern sich eine Auswanderung als unvermeidlich erweist, soll geprüft

werden, welche Länder für eine stärkere jüd. Einwanderung vornehmlich in Betracht kommen und unter welchen Bedingungen der Zustrom sich am besten dorthin leiten läßt. Zu allen politischen und religiösen Sonderbestrebungen innerhalb des Judentums verhält sich die neue Organisation völlig neutral. Der Verein darf, falls außerhalb des deutschen Reichs ähnliche Vereine bestehen oder sich bilden, zu diesen in Beziehungen treten und insbesondere Mitglied einer seinen Bestrebungen dienenden internationalen Organisation werden. In der Gründungsversammlung wurde zum Vorsitzenden Prof. *Dr. Silbergleit,* der Direktor des statistischen Amtes der Stadt Berlin, gewählt. Stellvertretender Vorsitzender ist der Präs. des deutsch.-isr. Gemeindebundes, Prof. *Dr. S. Kalischer.* Schriftführer Dr. Alphons *Sußnitzki,* Sekretär an der Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums, Schatzmeister der ehemalige Minister, Bankier Hugo *Simon.* Weiter gehören dem Vorstande u. a. an Prof. Dr. Ernst *Cassirer,* (Hamburg) Chefredakteur Fritz *Engel,* Rabb. *Dr. Baeck,* und *Dr. Warschauer.*

— Verschiedene Zeitungen melden aus Berlin, daß gleichzeitig mehrere bekannte jüd. Künstler zum Christentum übertreten sind u. zw.: Heinrich Grünfeld, Julia Culp, der bekannte Geiger Flesch, Oscar Fried, Selmar Meyrowitz und Marcel Salzer.

— Das Gemeindeblatt der Berliner Jüd. Gemeinde verzeichnet im Monat Okt. 113 Austritte (ohne die Unmündigen) aus dem Judentum. Das ist die größte Zahl von Austritten, die bisher vom Gemeindeblatt verzeichnet worden ist.

Frankreich.

— Advokat *Dr. Douchan,* aus Jekaterinoslaw ist als Delegierter Südost-Rußlands in Paris eingetroffen und nimmt Anteil an den Beratungen das Komitees der Jüd. Delegationen.

— „Peuple Juif", das Organ der französ. Zionisten veröffentlicht im Hinblick auf die Herbstsession des Rates der franz. Zionisten, die für den 15, 16 und 17. Nov. festgesetzt wurde, einen Leitartikel aus der Feder N. *Hermanns* über die Aufgaben des Rates der franz. Zion. Organisation, der u. a. über die Einberufung eines ausserordentlichen Kongresses folgendes schreibt:

Was die zion. Zentral-Organisation betrifft, so ist nach unserer Meinung nötig, daß das Provisorium und der durch den Krieg geschaffeue Ausnahmezustand aufhören. In allen Ländern finden parlamentarische Wahlen statt, oder werden solche geplant; bei uns hat die Leitung seit 1913 keine Rechenschaft über ihre Tätigkeit abgelegt. Es ist wahr, daß die Hälfte unseres Volkes sich derzeit in einer tragischen Lage befindet, die ihm nicht erlaubt, sein Recht in der Organisation auszuüben: wenn jedoch der zion. Kongreß, den man in Jerusalem plant, dort noch nicht einberufen werden kann, brauchen wir einen *ausserordentlichen Kongress,* der allein den Willen des jüd. Volkes laut kundgeben kann. Die Londoner Konferenz vom März dieses Jahres war augenscheinlich ungenügend. Der Umstand, daß die Führer selbst sie wenig ernst genommen haben, hat ihre Aufgabe noch erschwert. Dies hat eine bedauerliche Misstimmung in den Lokal-Organisationen hervorgerufen. Es ist wahr, daß die zion. Leitung seit ihrer Verlegung nach London eine lebhafte Tätigkeit entfaltet. Immerhin ist es nötig, daß die Vertreter der Lokal-Organisationen mit diesen Leitungen in Fühlung kommen, um sich ihrer täglichen Arbeit mit mehr Vertrauen und Enthusiasmus widmen zu können und mit besserer Einsicht in die Lage. Wir wollen hier nicht über die auswärtige zion. Politik reden. Der Kongreß, den wir verlangen, wird in dieser Sache mitzusprechen haben. Was den Wiederaufbau in Palästina betrifft, so ist diese sehr wichtige Frage bei uns noch zu wenig studiert worden, und man wird sie vor allem vom wissenschaftlichen und praktischen Gesichtspunkt betrachten müssen. Denn in solchen Fragen kann man sich nicht mit einigen Reden mehr oder weniger kompetenter Leute und mit Majoritäts-Beschlüssen begnügen.

— Mit Rücksicht auf die fortgesetzt stattfindenden Judenpogrome wandte sich der Schneider-Verein in Paris an die verschiedenen jüd. Vereine, welche alljährlich im Laufe des Winters Bälle abzuhalten pflegten mit dem Ersuchen, von derartigen Veranstaltungen abzusehen in diesem Jahre.

England.

Meeting jüdischer Kaufleute.

Auf einem am 5. November in London abgehaltenen Spezial-Meeting jüd. Kaufleute hielt *Nahum Sokolow* eine längere Rede über die Palästina-Frage, in der er u. a. ausführte: Wir könnten vielleicht durchsetzen, dass die zukünftige jüd. Immigration nach Palästina von uns selbst kontrolliert werde, aber es wäre kein kluges Vorgehen, England gegenüber eine derartige Stellung einzunehmen. Es sei besser, dass die Immigrationskontrolle gemeinschaftlich ausgeübt werde, u. zw. von England und der zion. Organisation.

— Auf eine Anfrage Sir *A. Fells* wegen Einreiseerlaubnis nach Palästina und bezügl. Geschäftsmöglichkeiten, antwortete der Vertreter des Aussenministeriums *Harmsworth*: Palästina steht Touristen noch nicht offen, aber es wird nach Möglichkeit getrachtet, soweit es der Schiffsverkehr gestattet, Personen, die bestimmter Geschäfte wegen sich nach Palästina begeben wollen, die Einreise zu ermöglichen. Die Uebertragung von Grundeigentum ist derzeit noch verboten; auch werden keinerlei Konzessionen kommerziellen Charakters erteilt. Sonst bestünden, soweit ihm bekannt, keine anderen Begrenzungen ausser denen der militärischen Notwendigkeit. Was die Zölle anbelangt so bestünde noch der alte türkische Zolltarif.

— „Evening Standard" berichtet, daß Major Ormsby Gore den Vorschlag gemacht habe, für die Verwaltung Aegyptens, Palästinas, des Sudans, des Somali-Landes, Ugandas, Mesopotamiens und anderer Gebiete Mittelasiens ein besonderes engl. Ministerium zu bilden, da weder das Ministerium des Auswärtigen noch das der Kolonien den Problemen Mittelasiens habe gerecht werden können. Die Zeitung bezweifelt, ob dieses Projekt Ormsby Gores verwirklicht werden wird.

Eine Liga der Religionen.

Als Pendant zur Völkerliga wurde in England eine Liga der Religionen gegründet, die Hand in Hand mit der ersteren für den Gedanken der Völkerversöhnung kämpfen will. Die erste Konferenz fand am 5.

Nov. statt. Alle kirchlichen Genossenschaften Englands waren vertreten. Die Israeliten wurden durch Großrabbiner *Dr. J. Hertz* vertreten. (L. J. K. B.)

— Der Jüdische Volksverein in London hat auf einem Meeting unter Vorsitz von Chacham Baschi Dr. *Gaster* beschlossen, sich in einem Aufruf an alle jüd. Organisationen Englands zu wenden, zwecks Schaffung eines Verbandes der breitesten Volksmassen. Hauptpunkte des Programmes sind: Rechte für die Minderheiten und Anteil an dem Aufbau eines jüd. Palästina. Im allgemeinen sollen die Juden in England gehörig vorbereitet werden, um jeder möglichen politischen Situation gewachsen zu sein.

— Chacham Dr. Gaster protestierte anlässlich der Session der „Königlichen Asiatischen Gesellschaft" in London gegen die Fortschaffung irgendwelcher Altertümer aus Palästina. Er führte aus, dass alles, was sich auf dem Boden des heiligen Landes befindet, heilig sei, und mit Achtung behandelt werden muss. Er findet es auffallend, dass während von Kleinasi.n so gut wie keine Altertümer fortgeschafft werden, die Ausgrabungen in Palästina dauernd nach Europa oder Amerika wandern. Er fordert, dass diese für die Geschichte des Landes und des jüdischen Volkes wichtigen Fundgegenstände in palästinensischen Museen aufbewahrt werden müssen. (Misrachi Korr. B.)

— Die „Morning Post", die seit Monaten eine heftige Kampagne gegen die jüd. Presse Englands führt, gegen die sie den Vorwurf erhebt, dass sie mit den Bolschewisten sympathisiere und dagegen sei, dass England Koltschak und Denikin unterstütze, bekennt jetzt ihren Irrtum. Sie erklärt, nach genauem Studium des „Jewish Chronicle" und des „Jewish World" sich vom Gegenteil überzeugt zu haben. Die jüd. Presse Englands beteilige sich nicht an der Bekämpfung der Russlandpolitik Englands.

Amerika.

Einem statistischen Bericht über die Teilnahme der amerikanischen Juden in dem Heere der Vereinigten Staaten von Nordamerika während des Weltkrieges entnimmt die „J. P. Z." folgende Zahlen: Zu Land und zu Wasser kämpften im Heere der Vereinigten Staaten von Nordamerika über 200.000 Juden. Aus dem Staate New-York allein befanden sich im Heere 50.000 Juden. Die Zahl der jüd. Offiziere erreichte 8.000, darunter ein General, der Brigade-Kommandant war, ein Admiral bei der Kriegsflotte, 69 Oberste und Oberstleutnants, 370 Majore, 1.263 Kapitäne und 5.524 Leutnants. Nach den offiziellen Listen wurden mehr als 600 jüd. Soldaten während des Kriegs ausgezeichnet. Drei haben die Kongreß-Ehren-Medaille erhalten. In der amerikanischen Armee wurden von dieser Medaille im ganzen 78 verteilt. Ungefähr 3.500 Juden sind im Felde gefallen und etwa 12.000 wurden verwundet.

— Von dem „Vereinigten 10 Millionen Dollar Baufond" sollen 27 Institutionen Hilfe erhalten. Ueber 3 Millionen sind bereits gesammelt. Eine Gruppe von Frauen übernahm die Aufgabe, 1 Million Dollars zu sammeln.

— Ein jüdisches Komitee in Amerika hat beschlossen, die jüd. Fallaschas von Abessinien zu unterstützen. (Hatoren)

Tripolis.

Hebräische Sprachkurse.

Nachdem bisher die Versuche zur Wiederbelebung der hebr. Sprache mit einheimischen Kräften misslungen waren, gelang es nunmehr den tripolitanischen Juden eine hebr. Lehrkraft aus Saloniki zu finden. Frl. Arari, die vorher 2 Jahre hebr. Unterricht in Palästina erteilt hatte, eröffnete, ausser dem hebr. Tagesunterricht in den Schulen für Knaben und Mädchen der Alliance auch einen Abendkurs in der hebr. Sprache.

— Die jüd. Gemeinde von *Bengasi*, die noch streng konservativ und jeder sog. Reform abhold ist, berief Prof. *Gustavo Carlo*, der bisher in Korfu wirkte zum Oberrabbiner. Am 21. Okt. fand der Empfang des Rabbiners seitens der Gemeindevertreter, einer Deputation des Herzl-Vereins sowie anderer Notabeln statt.

Mesopotamien.

Die Juden von Bagdad interessieren sich stark für den Unterricht in Palästina. Sie beabsichtigen ihre Kinder nach Palästina zu schicken, um sie dort vorerst in den Mittelschulen und dann in den höheren Schulen unterrichten zu lassen.

Syrien.

„Chicago Daily News" veröffentlicht eine Unterredung ihres Pariser Sonderberichterstatters mit Emir Feysul, der eben von einem Besuch Lloyd Georges nach Paris zurückgekehrt war und sich über die geringen Erfolge, die er bisher bei Lloyd Georges und Clemenceau erzielt hatte, sehr unzufrieden zeigte. Nach der Erklärung Feysuls werde das arabische Volk das geheime Abkommen zwischen Frankreich und England vom Jahre 1916, welches die Aufteilung Syriens vorsehe, nicht anerkennen und eher zu den Waffen greifen, als sich unter europäische Vormundschaft stellen. Die syrische Frage könne nur durch den Völkerbund und sonst auf keine andere Weise gelöst werden

Die „Wiener Morgenzeitung" bemerkt, dass diese Nachricht mit Reserve aufzunehmen sei.

— In *Damaskus* hat unter den Arabern eine starke Bewegung eingesetzt, um die Herrschaft dem *Emir Scheich*, anstelle des *Emir Feysul* zu übertragen.

— In *Damaskus* befinden sich derzeit 5.000 jüd. Familien mit einer Gesamtzahl vnn 15000 Seelen.

Palästina.

Verlegung der zion. Verwaltungsorgane nach Jerusalem.

Die jetzt in Palästina weilenden zion. Führer, *Weizmann* und *Ussischkin*, sind bestrebt, die bisher in Jaffa sich befindenden zion. Verwaltungsbehörden, wie z. B. den „Waad Hazirim" und den „Waad Hazmani" nach Jerusalem zu verlegen. Sie wollen auf diese Weise Jerusalem sowohl zum geistigen als auch politischen Zentrum des jüdischen Palästina machen.

Der „Hapoel Hazair" tritt gegen diese Bestrebungen der zion. Führer aufs schärfste auf und drückt die Befürchtung aus, daß die Zionisten die Jerusalemer nicht beeinflussen würden, sondern im Gegenteil unter deren Einfluss geraten dürften.

Palästinensischer Warenbedarf.

Der „Internationale Nachrichtendienst" meldet aus Stockholm: Der schwedische Generalkonsul in Jerusalem, G. Dalman, legt in einer Zuschrift an das schwe-

dische Handelsamt die Verhältnisse dar, welche gegenwärtig in kommerzieller Hinsicht in Palästina herrschen. Der Krieg hat fast den ganzen Verkehr nach und von Palästina lahmgelegt. Nun belebt er sich wieder und verschiedene Nationen senden bereits ihre Schiffe an die syrische Küste. Der ganze frühere Handel wird aber durch den zukünftigen Handel in den Schatten gestellt werden, da die Juden Palästina zu einem Kulturland ersten Ranges zu machen suchen. Am meisten wird man in Palästina *Holzwaren jeder Art* benötigen. Der Krieg hat die letzten Reste der Wälder des Landes zerstört. Man wird deshalb alles, was an Holz zum Wiederaufbau notwendig sein wird, Balken, Türen, Fensterrahmen und fertige Möbel *einführen* müssen. Aber auch *Papier* wird, je mehr die jüd. Einwanderung zunimmt, gebraucht. Ferner werden *Petroleummotore, Petroleumöfen* viel gesucht, da das Land weder Kohle noch anderes Brennmaterial hat. Bisher hat in Palästina das *Telephon* fast vollständig gefehlt, da die türkische Regierung dessen Anlegung aus Angst vor Verschwörungen möglichst verbot. Deshalb wird die Nachfrage nach telephonischen Apparaten und nach zugehörigem Material sehr groß werden. (s. J.P.Z. No. 61/62.) Vor dem Kriege wurden bereits *fünf Eisenbahnlinien, von Jerusalem ausgehend*, geplant. Diese werden nun fertiggestellt werden. Ein gigantischer Plan existiert auch zur Anlegung eines Wasserfalles nach dem Toten Meere, wodurch man eine Kraftquelle schaffen will. (s. J.P.Z. No. 61/62.) Auch der Jordanfluß soll durch entsprechende Grabungen für elektrische Anlagen nutzbar gemacht werden.

— Nach den in Haag erscheinenden niederländischen „Handelsberichten" ist in Palästina gegenwärtig ein bedeutendes Absatzgebiet für folgende Artikel vorhanden: Landwirtschaftliche Maschinen, Maschinen für Werdmühlen, Motoren, Hausgeräte, emaillierte Waren, Eisenwaren, Druckpressen, Drogen und Chemikalien, Schreibmaschinen, Musikinstrumente, Petroleum- und Gaskochapparate, Spielzeug und Parfümerien. Katologe und Preisverzeichnisse sollten am besten in den drei Sprachen Arabisch, Englisch und Französisch abgefaßt sein.

Palästinensischer Aussenhandel.

Einem Bericht über den palästinensischen Außenhandel während der letzten 3 Monate entnehmen wir folgende Zahlen: *Export* im Werte von 130,464 Pf. Sterling, hauptsächlich bestehend aus Frühweizen, Orangen, Oliven- und Mohnöl, Weinen und Seife, *Import* im Werte von 1,098,983 Pf. Sterling, hauptsächlich bestehend aus Stoffen, Leinen, Reis, Naphtha, Papier, Tabak, Zucker, Streichhölzern und Medikamenten. An erster Stelle des Warenverkehrs steht Haifa mit 465,148 Pf. Sterling Import und 42,240 Pf. Sterling Export. An zweiter Stelle steht Jaffa, dann folgen Jerusalem, Ludd, Gaza.

Warenversand nach Palästina.

Bei jeder Verfrachtung von Gütern, insbesondere von Hilfsvorräten, nach Palästina muß in den Frachtbriefen das Totalgewicht der Güter und der benötigte Lagerraum angegeben werden. Alle Waren, die von Europa via Egypten gesandt werden, müssen den Vermerk „In Transit Palestine" tragen, da sie sonst vom Kriegshandelsdepartement ausgeschlossen werden.

Schweiz.

Zionistischer Delegiertentag.

Auf der am 9. Nov. in Olten stattgefundenen Sitzung des Landeskomitees des Schweizerischen Zionistenverbandes wurde als Fortsetzung des am 28. und 29. Mai in Basel stattgefundenen Delegiertentages die Einberufung eines Delegiertentages für den 30. Nov. nach Olten beschlossen.

Sechzigster Geburtstag von Jules Dreyfus-Brodski.

Am 11. Nov. beging in aller Stille der bekannte jüd. Philantrop *Jules Dreyfus-Brodski*, Präsident der jüd. Gemeinde Basel, seinen 60. Geburtstag. Herr Dreyfus-Brodski ist der jüd. Oeffentlichkeit über die Schweizer Grenzen hinaus durch den tätigen Anteil, den er an allen jüd. Fragen nimmt, rühmlichst bekannt. Den verschiedensten lokalen uud schweizerischen jüdischen und nichtjüdischen Wohltätigkeitsvereinigungen widmet sich Herr Dreyfus-Brodski in unermüdlicher Weise. Auch den ostjüd. Fragen und den Palästina-Aufgaben wandte Herr Dreyfus-Brodski in den letzten Jahren mehr und mehr sein Interesse zu, was vor allem auch in den Manifesten des von ihm präsidierten Komitees „Pro Causa Judaica" zum Ausdruck kam. Vor allem aber hat Herr Dreyfus-Brodski als Präsident des schweizer. jüd. Gemeindebundes bei der von diesem Bunde geleiteten Schächtaktion in letzter Zeit wiederholt Gelegenheit gehabt den schweizer. jüd. Interessen zu dienen.

Die Megilla im Film.

Kürzlich fand in Zürich vor jüd. Pressevertretern eine vom Direktor der Bayerischen Film-Gesellschaft, *Ch. Weissmann*, veranstaltete Aufführung des von Ernst Reicher und Uwe Jens Kraft verfassten Filmwerks „*Das Buch Esther*" statt. Der in etwas freier Nachbildung der Megilla künstlerisch und dramatisch verarbeitete Stoff, der den Anforderungen der modernen Kinotechnik geschickt angepasst ist, schildert die Hofintrigen Hamans und der ränkevollen Königin Vasthi und die Errettung der Juden durch Esther und Mardechai. Das grossangelegte, mit hohen Herstellungskosten verbundene Filmwerk zeichnet sich durch prachtvolle persische Szenerie, historische Kostümierung und effektvolle Massenszenen aus. Das Werk fand bei der deutschen Tagespresse überaus günstige Aufnahme. Bemerkenswert ist, dass die „Staatsbürgerzeitung" in einem Artikel Stellung gegen die jüd. Propagandafilms nimmt, wobei sie speziell diesen Esther-Film zum Ausgangspunkt ihres Angriffes benützt und die damalige Abwehr und Rettung der Juden als ersten von den Juden inszenierten Pogrom bezeichnet.

Wie wir vernehmen, dürfte dieser uns Juden ganz besonders interessierende Film, der ein Filmkunstwerk ersten Ranges ist, in Bälde in Zürich im „Cinema Lichtbühne" zur Aufführung gelangen.

Presse- und Verlags-Notizen.

— „Matin" vom 9. Nov. veröffentlicht einen Interview mit dem Großrabb. von Konstantinopel *Nahum Efendi* über die französisch-türkischen Beziehungen.

— „Die Judenfrage der Gegenwart." Dokumentensammlung herausgegeben von Leon *Chasanowitz* und Leon *Motzkin* ist soeben im Judäa Verlag in Stockholm erschienen. Inhalt: Einleitung: I. Teil: Die jüd. Volksbewegung. 2. Teil: Die Stellung der internationalen Demokratie. III. Teil: Regierungserklärungen, Gesetze, internationale Verträge.